

Versteht sich... 4 Mark 80 Pf.

Gegründet 1877.

Mus den Tannen
Amtsblatt für
Allgemeines Anzeige-
und Unterhaltungsblatt
Altensteig, Stadt.
oben Nagold.

Die Haptige... 26 Pf.

Veraprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 48 Druck und Verlag in Altensteig. Freitag, den 27. Februar. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Das 100-Milliarden-Angebot.

Im englischen Unterhause ist es leztlich zu einer be-
beifolamen Aussprache über die von Deutschland zu for-
bernde Kriegsschadigung gekommen. Dabei
hat sich Minister Balfour gegen das Buch „Die
wirtschaftlichen Folgen des Versailles Friedens“ von
Kennes, dem Hauptvertreter des Schatzsekretärs auf
der Friedenskonferenz, gewandt. In diesem Buch wird
u. a. die Ansicht begründet, Deutschland könne höchstens
40 Milliarden Goldmark zahlen. Es war vor-
geschlagen, davon sollen 10 Milliarden für abgegebene
Schiffe, Kabel usw., für das Staatseigentum in den an-
zutretenden Gebieten und für die Forderungen von den
Verbündeten angerechnet werden, während der Rest von
30 Milliarden in jährlichen Zahlungen von 1923 bis
1953 entrichtet werden solle. Balfour hat nun geglaubt,
die Ausführungen Kennes mit dem Hinweis abtun zu
können, Deutschland selbst habe 100 Milliarden angeboten.
Es ist das nichts weiter als eine Irreführung.
Das Angebot wurde nämlich in unseren Gegenwortschlägen
auf die feindlichen Friedensbedingungen im engsten Zu-
sammenhang mit einer ganzen Reihe anderer Vorschläge
gemacht; es hatte also zur Voraussetzung, daß auch diese
bewilligt würden, wodurch uns die rein deutschen Ge-
biete vertrieben wären, mehr Kohlen und mehr Schiffe
uns zur Verfügung gestanden hätten, überhaupt unsere
wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht in so unerträg-
licher Weise geschwächt worden wäre. Auch ist zu beach-
ten, daß dieses Angebot zu einer Zeit (29. Mai 1919)
gemacht wurde, als der wirtschaftliche Niedbruch und
finanzielle Verfall Deutschlands noch nicht in dem Maße
eingetreten war, wie er tatsächlich eingetreten ist, nicht
zuletzt durch die Schuld unserer Gegner, die, statt uns
mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu helfen, die Block-
ade aufrechterhielten und durch das „Loch im Westen“
unsere Versuche vereitelten, die Herrichtung unserer Wirt-
schaft und unserer Saluta aufzuhalten.

Der Krieg der Zukunft.

In England erregt ein Buch, betitelt „Tanks im gro-
ßen Kriege“, viel Aufsehen, weil in ihm einer der zu-
ständigsten englischen Soldaten, Oberst Fuller, der
höchste Stabsoffizier des Tankkorps im letzten Krieg,
seine Ansichten über den Krieg der Zukunft zum Besten
gibt. Er hält dafür, daß sich in Zukunft die Kriegsfüh-
rung in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung des Fein-
des richten muß, und schreibt zum Beispiel: Schnelle
Tanks, gefüllt mit Tonnen flüssigen Gases, werden die
Grenze überschreiten und auf den Feldern und Farmen,
in den Dörfern und Städten des feindlichen Landes jedes
lebende Wesen ausräumen, und während so entlang den
Grenzen alles Leben weggerafft wird, werden große
Schwärme von Flugmaschinen die großen feindlichen
Zentren der Regierung und Industrie angreifen. Alle
diese Angriffe werden sich zuerst nicht gegen die feind-
lichen Armeen richten, sondern gegen die Zivilbevölke-
rung, um sie zu zwingen, den Willen des Angreifers
anzunehmen. Viel Aufsehen erregt auch folgende Be-
merkung: Der erste Geniefortschritt, der im Kriege geäußert
wurde, war die deutsche Anwendung von Gas am 22.
April 1915, und der zweite unsere Verwendung der Tanks
am 16. September 1915.

Ein englische Blatt meint: So sieht es also
im Zeitalter des Völkerbunds mit den Kriegesgefahren
aus, gegen die die Deutschen geständig haben sollen. Wir
haben dem nichts hinzuzufügen.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Berlin, 26. Febr.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurde vom Vertreter
des Nebenklägers Erzberger u. a. die Ladung des Reichs-
anwalts und des Ernährungsministers beantragt, die be-
klagten sollen, daß Erzberger bei der Auslieferung der
Dauerschiffe nicht eigenmächtig gehandelt habe. Aufser-
dem beantragt der Vertreter Erzbergers die Ladung des
würt. Finanzministers und des würt. Ge-
sandten in Berlin. Helfferich wünscht die Verneh-
mung der Abgeordneten Jugenderg und Dr. Nie-
ber.

Erdörtet wurde dann die Beschlagnahme von
Effekten und Bankguthaben der Firma Wolff
in Köln. Helfferich hatte behauptet, daß das preußi-
sche Finanzministerium durch die Steuerbehörde in Köln

die Beschlagnahme von 14 Millionen M. Wertpapieren
und Bankguthaben der Firma Wolff angeordnet habe,
und daß diese Sperrung auf Veranlassung des Reichs-
finanzministers aufgehoben worden sei.

Erzberger gibt eine Erklärung ab, daß er eine
solche Aufhebung der Sperrung nicht veranlaßt habe, und
daß nach Angabe der zuständigen Beamten im Reichs-
finanzministerium überhaupt über die Sache nichts be-
kannt sei.

Zu den Kapitalverchiebungen ins Aus-
land macht Erzberger längere Ausführungen: Ich
habe meine Frau gefragt, ob sie den Dr. Thalberg
kenne, und ob sie in der Schweiz in seinem Büro war.
Seine Frau erklärt, daß sie Dr. Thalberg gar nicht
kenne. Was den Aufenthalt meiner Familie in der
Schweiz betrifft, so habe ich zu erklären: Ich habe fest-
gestellt, daß ich am 17. August 1919 an die Reichsbank
eine Depesche geschickt habe, in der ich bat, daß ich 4000
Franken nach der Schweiz mitnehmen dürfe. Die Reichs-
bank hat den Antrag genehmigt. Ich schickte meine Fa-
milie zu einem befreundeten Bankier in der Schweiz,
der mir erklärte, daß ich bei ihm so viel Kredit er-
halten könne, wie ich wolle. Ich nahm den Kredit
in gewissen Grenzen in Anspruch. Ich habe jedenfalls
für private Zwecke kein Geld ins Ausland geschickt. Als
Leiter der Propaganda habe ich allerdings für polit-
ische Zwecke Geld nach der Schweiz überweisen lassen.
Dies ist freis offen durch die Deutsche Bank geschehen.
In der Schweiz hat eine unerhörte Nachschüsselei und
Espionage gegen mich eingesetzt. Zwei Personen haben mir
erklärt, es würde in der Schweiz für Helfferich Material
gegen mich gesammelt.

Helfferich: Es handelt sich hier ganz offensichtlich
um Klaff- und Tratsch. Ich möchte aber weiter fra-
gen, ob Herr Erzberger nicht in amtlichen Geschäften
des Auswärtigen Amtes Gelder nach der Schweiz ge-
schickt hat.

Erzberger: Ich habe mit dem Auswärtigen Amt
in dieser Hinsicht eine Vereinbarung getroffen, daß mir
durch die Kurieren des Auswärtigen Amtes Gelder
für bestimmte politische Zwecke nach der Schweiz über-
sandt wurden. Die Herren des Auswärtigen Amtes wa-
ren damit einverstanden, und diese Gelder sind dann für
politische bzw. für kirchliche Zwecke verwendet worden.

Weiterhin fragt Helfferich, ob Erzberger nicht auch
in Desterre ein Konto habe.

Erzberger: Da hatte ich ein Konto. Es handelte
sich um amtliche Gelder, überwiegend um Reichsgelder,
aber es kamen auch private kirchliche Gelder in Frage,
die zu politischen Zwecken hergegeben waren.

Helfferich: Haben Sie Kommerzienrat Berger
kurz vor der Revolution den Rat gegeben, Kapital ins
Ausland zu bringen, da schwere Dinge bevorstehen?

Erzberger: Es ist mir nicht das Mindeste davon
bekannt. Es handelte sich höchstens um Gelder, die zur
Beschaffung von Rohstoffen verwendet werden konn-
ten.

Helfferich: Haben Sie bei Ihrem nahen Verhältnis
zu der Petroleumfirma Niedemann in Hamburg nichts
davon gewußt, daß Gelder ins Ausland verschoben wur-
den, und haben Sie nicht daran mitgewirkt?

Erzberger: Nein.

Helfferich: Ich erinnere Sie an die Schwierig-
keiten, die Sie seinerzeit bei dem Petroleum-
monopol gemacht haben. Hat sich, als das Petroleum-
monopol zu Fall gebracht war, die Firma Niedemann
Ihnen gegenüber nicht darüber dankbar erwiesen?

Erzberger: Persönlich selbstverständlich nicht.
Ob die Firma Niedemann für kirchliche oder Par-
teizwecke Geld zur Verfügung gestellt hat, weiß ich
nicht.

Helfferich: Herr Niedemann hat, wie ich weiß,
Ihrer Parteikasse sehr erhebliche Zuwendungen gemacht.
Stand das betreffende Bankhaus in der Schweiz, das
Ihnen Kredit einräumte, nicht in engen Beziehungen zu
dem Konjunkturausschuss, von dem gestern die Rede war?

Erzberger: Das ist möglich, ich weiß es aber
nicht.

Bankier Andrae wird über das Geschäft der Firma
Wolff mit dem Staat vernommen. Der Staat hat sei-
nerzeit in Holland Waren bestellt. Man traf das Ab-
kommen, daß zur Deckung eines langjährigen Kredits
Industrieaktien im Betrag von 30 Millionen bei den
holländischen Verkäufern hinterlegt werden sollten. Die
Firma Wolff hat sich bereit gefunden, aus ihrem Besitz

diese 30 Millionen Industrieaktien zu leihen. Als Gegen-
leistung des Staats erfolgte ein Darlehen auf 40 Mil-
lionen, das von der Firma Wolff mit vier Prozent ver-
zinst wird.

Nachmittag wurde der Fall Janke erörtert. Es
handelt sich um die Entwendung von Schrift-
stücken aus den Räumen des Deutschen Flottenverins.
Im Strafprozeß wegen Entwendung dieser Akten hat da-
mals der Oberstaatsanwalt folgende Feststellungen ge-
macht: Dem als Zeugen vernommenen Abgeordneten Erz-
berger ist der Dieb Janke offenbar bekannt, da er sich
aber bereit erklärt hat, zu bejahen, daß er nach bestem
Wissen annahm, er würde sich durch seine Auskunft die
Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen, wird er zu
einer Aussage nicht gezwungen werden können. Auf
eine Frage des Vorsitzenden, ob er heute aussagen wolle,
antwortete Erzberger: das kommt auf die einzel-
nen Fragen an.

Morgen soll der frühere Reichsfinanzminister v. Bethmann
Hollweg als Zeuge vernommen werden.

Im Prozeß Erzberger-Helfferich sind neuerdings Fi-
nanzminister Liesching, der frühere Ernährungsmini-
ster Baumann, der würt. Gesandte in Berlin, Hil-
denbrand, und Herr Wassermann von der wirt-
schaftlichen Abteilung der würt. Gesandtschaft als Zeugen
geladen worden. Sie sollen Aussagen machen über die
Vorgänge, bei denen die württembergische Regierung in
den letzten Prozeßtagen als beteiligt genannt war.

Der Reichsdirektor der Zentrumspartei wird nach der
„Deutsch. Tageszeit.“ am 28. Febr. zu einer Beratung
zusammengerufen.

Die Vernehmung Bethmann-Hollwegs.

Berlin, 26. Febr.

In der heutigen Verhandlung kam zur Erörterung das
Thema Kriegsteuer. Erzberger hat in der Na-
tionalversammlung Helfferich vorgeworfen, daß er als
Staatssekretär des Schatzamts gegen die Kriegs-
steuer gewesen sei. Hierzu kommt eine Besprechung
v. Bethmanns mit Erzberger im Januar 1917 zur
Sprache, als Helfferich bereits seine Kriegsteuer-
vorlage angekündigt hatte.

Helfferich erklärt, daß der Abj. Spahn ihm die
Auseinandersetzung eines Abgeordneten mitgeteilt habe, Bethmann
sei bereit, um des Burgfriedens willen die Steuer-
vorlage zurückzuziehen. Dieser Abgeordnete sei
Erzberger gewesen. v. Bethmann habe ausdrücklich
verneint, daß er Erzberger gegenüber eine derartige
Erklärung abgegeben habe. — Erzberger erklärt dagegen,
die Bemerkung v. Bethmanns sei gefallen.

Als Zeugen sind u. a. erschienen: v. Bethmann,
früherer Minister Spahn, Stresemann und Ju-
genderg. Der Verhandlungsstoff ist zum ersten Mal
überfüllt.

v. Bethmann sagt aus, er habe, um eine Erschü-
terung des Burgfriedens zu vermeiden, Erzberger
zugesagt, er würde seine Bedenken mit Helfferich bespre-
chen und habe das auch getan. Er habe Erzberger ge-
genüber geäußert, es sei Pflicht, in der Art der Be-
handlung der Vorlage im Reichstag alles zu vermeiden,
was den Burgfrieden tatsächlich untergraben könnte. Eine
Andeutung, daß er persönlich nicht hinter der Steuer-
vorlage stehe oder sie gar zurückziehen wolle, habe er
nicht gemacht. Er habe den Eindruck gehabt, daß Erz-
berger daran gelegen war, die Steuervorlage zu
Fall zu bringen. Wenn Erzberger so gesprochen ha-
be, wie er es jetzt darstellt, so möge der Wunsch der
Vater des Gedankens gewesen sein.

Berlin, 26. Febr. Der Vorsitzende der preuß. dem.
Landtagsfraktion Dr. Friedberg, hat in der vori-
gen Woche bei den Ministern Schiffer und Koch ange-
fragt, ob es sich nicht empfehlen würde, daß bei Füh-
rung seiner Affäre Erzberger nicht mehr in der National-
versammlung erscheine. Es wurde geantwortet, daß nach
dieser Richtung bereits das Erforderliche eingeleitet sei.
Im übrigen werde man es dem Zentrum zu überlassen
haben, zu entscheiden, was es in der gegenwärtigen Si-
tuation für angezeigt hält. Wahrscheinlich werde Bayer
gebeten, sich mit dem Vorsitzenden der Zentrumspartei
in Verbindung zu setzen, und daß dann Besprechungen
unter den drei Koalitionsparteien eingeleitet werden.







